Ä37 zu 13. V18: SCHNELLE, EINFACHE UND SOZIAL GERECHTE ANSCHLUSSLÖSUNG AN DAS 9-EURO-TICKET

Antragsteller*innen Simon Kohls (KV Potsdam-Mittelmark)

Antragstext

Von Zeile 0 bis 4:

Die Landesdelegiertenkonferenz
~~Die Landesdelegiertenkonferenz begrüßt die grundsätzliche Einigung der Verkehrsminister auf ein bundesweites 49 Euro Ticket und fordert nun die Landesregierung auf, sich aktiv für eine bundesweite schnelle, einfache und sozial gerechte Anschlusslösung für das 9-Euro-Ticket einzusetzen um~~
fordert die Landesregierung auf, eine landesweite schnelle, einfache und sozial gerechte Fortsetzung des 9-Euro-Tickets zu realisieren. Mittelfristig fordert die Landesdelegiertenkonferenz einen ticketlosen ÖPNV, um ausnahmslos allen BürgerInnen Brandenburgs finanziell das Mobilitätsrecht zu gewährleisten. Der Antrag dient dazu

Begründung

Das von der Bundesregierung forcierte 49-Euro-Ticket grenzt viele Menschen aus, welche aus geringverdienenden Bevölkerungsschichten stammen oder Arbeitslosengeld beziehen. Der Hartz IV-Regelsatz für Alleinstehende sieht monatlich eine Summe von 40,27 € für Mobilität vor, welche damit deutlich unter dem Preis des "Deutschlandtickets" liegt.
Für andere Haushaltskonstellationen mit dementsprechend angepassten Regelsätzen fällt die bereitgestellte Summe für Mobilität noch geringer aus.
Außerdem ist die Lebensrealität, dass, verstärkt durch die Inflation, der Regelsatz nicht für alle Bedürfnisse der Empfänger ausreicht und deswegen bspw. der Regelsatzanteil für Mobilität für eine dringlichere Grundbedürfnisbefriedigung genutzt wird.
Generell ist die Preissteigerung um rund 544% im Vergleich zum 9€ Ticket immens, besonders während einer Krise. Dreiköpfige Familien, welche einen Mehrfacherwerb des Tickets in Betracht ziehen würden, bezahlen anstatt 27€ monatlich 147€ für die Nutzung des ÖPNV. Im ländlichen Raum Brandenburgs ist diese Preiserhöhung

insbesondere abschreckend, für den vergleichsweise häufig spärlichen Ausbau der Infrastruktur.